

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ausland und Sachverständigenberichte

Die Beurteilung, die die Sachverständigenberichte in Frankreich gefunden hat, trägt ein überwiegend optimistisches Gepräge. Stark unterstrichen wird die von den Sachverständigen gemachte Feststellung, daß Deutschland zur Leistung von Reparationszahlungen befähigt sei. Die nationalsozialistische Presse bringt den Berichten naturgemäß noch große Vorbehalte entgegen und kommentiert sie als einen Sieg der angelsächsischen Politik. Die Regierungspresse läßt zum großen Teil scharfe Kritik an den Vorschlägen und appelliert an die Militärs, sich für die Sanktionspolitik zu verpflichten, falls Deutschland sich neue Verpflichtungen aufschulden lassen. Dagegen unterstreicht die Linkspresse, daß die Sachverständigenberichte eine Beurteilung der bisherigen Politik Poincarés und des nationalen Blockes bedeuten. Von den Pressestimmen seien hier die wichtigsten wiedergegeben:

Der offizielle „Temps“ schreibt, französischerseits könne man den Bericht der Sachverständigen in Ruhe lesen und in Geduld seine Wirkung abwarten. Im Falle eines deutschen Protestes würde Frankreich nicht mit leeren Händen dastehen, und bei einem Versagen Deutschlands würde der Frank seinen inneren Wert behalten, nachdem Frankreich im vergangenen Monat das Nötige getan habe, um sein Budget durch Steuern auszugleichen. Vor allem sei eine grundlegende Wahrheit hervorzuheben, die der Bericht in Erscheinung treten lasse, und die sich in den wenigen Worten zusammenfassen lasse: Deutschland kann zahlen. Im übrigen hegt der „Temps“ Zweifel, ob nicht die Bedingungen, an die die Sachverständigen die Konvertierung der deutschen Reparationszahlungen in Devisen der Glaubwürdigkeit geknüpft haben, die deutschen Jahreszahlungen allzusehr behindern würden. Auch die Kontrolle der Rentenanstalt erscheint ihm nicht unbedingt zuverlässig, während er andererseits die Organisierung der Goldnotendank zu kompliziert findet. Der „Temps“ schließt mit folgendem Ausblick auf die unmittelbare Zukunft: Jeht werde die Reparationskommission die Bedingungen und Durchführungsmodalitäten dieses Kontraktes festlegen, dann werde die deutsche Regierung durch Befehle die erforderlichen Maßnahmen treffen. Es werde also in diesem Augenblick die Frage aufgeworfen: Was werde Deutschland tun? Frankreich warte ab.

„Paris Journal“ schreibt, der Plan der Sachverständigen enthalte mehr als eine Unstimmigkeit. Er setze voraus, daß der deutsche Wohlstand sich steigern, und daß die Einnahmen des Reiches sich fortgesetzt erhöhen, er liefere aber keine Schätzung der Aufnahmefähigkeit des Finanzmarktes für die vorgesehene Anleihe. Er setze weiter voraus, daß die Militärs mit ihren Sachverständigen einig seien, daß diese Einigung von Dauer sein werde, und daß Deutschland die neuen Verpflichtungen loyal übernehmen werde, die zu übernehmen man von ihm verlangen werde. Entgegen mancher Annahme habe man aber gerade in diesem Punkt Grund zu einigem Optimismus. Die ganze Organisation des Planes beruhe auf der Kommerzialisierung und der Internationalisierung einer Schuld, an der Frankreich den größten Anteil habe. Wenn das System zu funktionieren begünne, so werde Deutschland nicht verloren können, ohne gleichzeitig die Interessen sämtlicher Länder, in denen es Geldgeber, Gläubiger habe, zu verletzen.

„Matin“ erklärt, die Sachverständigen hätten eine Zahlungsmaschine montiert, die ein bemerkenswertes Stück der Urmachermaschine darstelle, und an der auch nicht ein Rädchen zu fehlen scheine. Schon morgen könne man, wenn man wolle, die Maschine in Gang setzen, und wie jede gute Maschine müsse sie nach und nach in beschleunigtem Tempo laufen, allerdings nur, wenn Deutschland wolle. Was werde Deutschland tun, was werde Deutschland tun? „Figaro“ schreibt, nach der Beendigung der Arbeit der Sachverständigen begünne die der Staatsmänner, die die Entschlüsse jener nicht nur in die allgemeine Wirtschaftssage, sondern auch in die politischen Verhältnisse einzufügen hätten. Die entscheidende Frage sei, wie der Übergang von dem System der isolierten Fänder zum System der allgemeinen Garantien, die von den Sachverständigen vorgeschlagen würden, bemerksmäßig werden solle.

Der linksdemokratische „Quotidien“ erklärt, daß der Bericht die direkte Ausbeutung der Ruhr, den Zollfordern, die französisch-belgische Eisenbahngesetze und die Wicumerträge bestimmend verurteile. Das Blatt folgert, daß die Ingenieure und Zollbeamten die Ruhr zu räumen haben werden. Poincaré habe allerdings diese Bedingungen bereits angenommen. Nach 18monatigen Fehlern erkenne man einige wirtschaftliche Wahrheiten an. Poincaré, Maginot und Le Trocquer hätten eine volkswirtschaftliche Lektion auf Kosten Frankreichs erhalten. Der Tag werde nicht mehr fern sein, wo das Land sich der Rechenschaft stellen werde.

Im „Deuxième“ (radikal) wird der Sachverständigenbericht im Zusammenhang mit der Frage der Reparationszahlungen erörtert; es heißt in dem Kommentar u. a., wenn die deutschen Industriellen, die am Freitag nach Düsseldorf zu neuen Beratungen zurückkommen sollen, bis dahin nicht die Kreditlinie, die sie brauchen, gefunden hätten, und wenn sie sich auferstanden erklärten, weiter zu arbeiten für den Fall, daß die Franzosen und Belgier ihnen keine Erleichterungen ihrer Kosten verschafften, so werde man den Bruch haben.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt, Poincaré sei sicher, unbedingt auf dem richtigen Wege zu sein, und seine Weisheit habe nicht versäumt, ihn dessen bei jeder Gelegenheit zu versichern. Die Arbeit der Sachverständigen sei vielleicht nicht sehr anziehend, aber sie bide ein Gesamtensemble von positiven, entscheidenden Vorschlägen und, wenn sie noch außen hin nicht übermäßig glänzend seien, so blickten sie doch das bestehende Verdienst, daß sie den tatsächlichen Möglichkeiten nahe kämen.

Der sozialistische „Populaire“ hebt den Angelpunkt der politischen Situation hervor: Das Wort hätten jetzt gleichzeitig das Kabinett Ray, Stresemann und das Kabinett Poincaré. In Paris wie in Berlin könne der nationalsozialistische Druck den Plan der Sachverständigen zum Scheitern bringen. Die einflussreichen Reaktionen auf französischer Seite seien genau so gefährlich wie die deutschen Nationalisten, und wenn die Industrie und Landwirtschaft Deutschlands durch Unnachgiebigkeit das Zustandekommen einer Einigung verhindern und die vorgeschlagene praktische Lösung unmöglich machen wollten, so würden sie den moralischen und den materiellen Kredit ihres Landes zugrunde richten.

Die Aufnahme der Sachverständigenberichte in England ist sehr günstig. Ein Londoner Bericht der „Frankfurter Zeitung“

schildert die Stimmung in den politischen und wirtschaftlichen Kreisen als recht hoffnungsvoll. Die Auffassung in maßgebenden englischen und amerikanischen Kreisen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Die vorgeschlagene Lösung ist vom Standpunkte keiner der beteiligten Mächte ideal, aber sie enthält das Beste, was unter den gegenwärtigen Umständen erreichbar ist. Es ist zu hoffen, daß Frankreich wie Deutschland nach sorgfältiger Prüfung die Vorschläge annehmen und damit ermöglichen werden, daß wenigstens für eine Reihe von Jahren ein modus vivendi geschaffen wird. Besonders in amerikanischen Kreisen zeigt sich einiger Optimismus, daß die Vorschläge allmählich angenommen werden, und es wird betont, daß soweit sich die Vorschläge als undurchführbar oder abänderungsbedürftig erweisen, sie später ohne große Schwierigkeiten verbessert werden könnten.

Von englischen Presseäußerungen liegen zurzeit folgende vor: „Times“ löst die Berichte als eine Rohnung an Europa auf, nochmalige Anstrengungen zur Herbeiführung einer wirklichen Lösung zu unternehmen. Für alle Staaten sei eine allgemeine Lösung absolut lebensnotwendig. Sie böte allerdings noch Schwierigkeiten in der unmittelbaren Zukunft und es gäbe vornehmlich Unsicherheiten bezüglich der Methoden. Ferner würden die bevorstehenden Wahlen in Deutschland und Frankreich einen Anlaß zur Verzögerung und zeitweisen Mißverständnissen geben. Aber Verzögerungen könnten gleichzeitig auch eine Gelegenheit bedeuten, um die Tragweite der Sachverständigenberichte im vollen Umfange zu begreifen. Die dringende Notwendigkeit für Westeuropäer bestünde darin, eine sichtbare und vereinigte Anstrengung guten Willens und guten Glaubens zu zeigen, damit diese günstige Gelegenheit, eine Lösung zu erzielen, nicht verloren gehe, denn sie werde vielleicht die letzte sein, um den Frieden zu gewinnen.

Die „Westminster Gazette“ betont besonders den Faktor der ökonomischen, fiskalen und wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands. Es dürfe keinerlei Versuchen mehr geben eine Ueberwachung auf Deutschland auszuüben, abgesehen von den in den Sachverständigenberichten niedergelegten Vorschlägen. Es gebe keine Hoffnung auf die Wiederherstellung des budgetären Gleichgewichts Deutschlands, so lange in den fiskalen und ökonomischen Rechten Beschränkungen beständen. Die Ausbeutung der Ruhr und der Versuch, eine besondere ökonomische Einheit des Rheinlandes zu schaffen, müsse aufhören, wenn Reparationen überhaupt erzielt werden sollten.

Der „Daily Telegraph“ weist unter Hinweis auf eine allgemeine Lösung der drei Probleme, nämlich der Reparationen, der Sicherungen und der Schulden, von denen allein die Wiederherstellung Europas zu erwarten sei, auf die Sorge hin, daß die Vorschläge der Sachverständigen diese drei Probleme gleichzeitig zu lösen und wie wir annehmen, wird der Premierminister rasch die Initiative zum Handeln ergreifen. Eine Erörterung der diplomatischen Lage müssen wir uns für heute verjagen; sie muß aber unter allen Umständen durch die Beseitigung der vielen dornenreichen Hindernisse bereinigt werden.

Ueber der Haltung Amerikas liegt eine Washingtoner WTB-Nachricht vor, in der es heißt:

Die hiesigen amtlichen Kreise sind nicht geneigt, ein Urteil über den Bericht des Komites Dawes abzugeben, bis sie Zeit gefunden haben ihn im einzelnen zu prüfen. Man macht aber keinen Versuch, die Hoffnung der amerikanischen Regierung zu verhehlen, daß der Plan von den alliierten Mächten annehmbar gefunden und darin eine Lösung des europäischen Problems erblickt werden wird. Man ist hier der Ansicht, daß in der Regelung der Reparationsfrage die Haupt Schwierigkeit der gesamten Regelung liegt. In amtlichen Kreisen wird in diesem Zusammenhang an die Remonstranz Rede des Staatssekretärs Hughes im Jahre 1922 erinnert, in der er erklärte, daß wenn die Mächte zu einer Verständigung über den Sachverständigenplan gelangten, die Wege amerikanischer Hilfsbereitschaft nicht verfehlen könnten, sich hoffnungsvoll zu öffnen.

In diesem Zusammenhang muß auch folgende Erklärung der amerikanischen Sachverständigen Owen Young an einen Vertreter des Vorier „Gaulois“ wiedergegeben werden:

Die Amerikaner hätten in voller Unabhängigkeit und nach bestem Gewissen der Aufforderung der Reparationskommission entsprochen und an dem nun veröffentlichten Plan der Sachverständigen mitgearbeitet. Er glaube zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß dieser Plan, der in voller Einmütigkeit der Auffassung und des Empfindens von erprobten Sachverständigen aufgestellt worden sei, auch die ungeheure Mehrheit seiner Landsleute in Amerika nicht gleichgültig lassen werde. Amerika könne nur auf eine Art bei der Bewirkung desselben mitwirken, indem es sich an der vorgeschlagenen Anleihe beteilige; wie schnell oder wie langsam es Kapitalien ausbringen werde, das werde zunächst davon abhängen, wie der Plan der Sachverständigen in amerikanischen Finanzkreisen beurteilt werde. Er nehme an, daß wenn der Sachverständigenplan in demselben Geiste, in dem er zustande gekommen sei, auch aufgenommen werde, und wenn in der Reparationskommission zwischen den während des Krieges verbündeten Mächten Einigkeit bestehe, Amerika sich nicht länger dem Ruhe Europas verabschieden und gern an der Herstellung des Friedens und der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung Europas mitwirken werde.

Zum Schluß sei auf die Haltung Italiens hingewiesen, das sich im allgemeinen skeptisch verhält.

Der sozialistische „Corriere de Italia“ meint, infolge der Antragslegung Poincarés werde der Bericht ein diplomatisches Dokument ohne praktische Anwendung bleiben. Die „Tribuna“ schreibt: Die Annahme der Vorschläge werde in Deutschland auf Schwierigkeiten stoßen, da die Politiker wegen der Wahlbewegung der wachsenden Strömung nach rechts nachgeben. Der „Hondo“ weist auf die Störung hin, welche Poincarés Antragslegung durch die deutschnationalistische Bewegung erfahre. Nicht umsonst habe es Poincaré so eingerichtet, daß das Gutachten gerade während des deutschen Wahlkampfes herauskam.

Das deutsch-englische Abkommen über die Herabsetzung der Reparationszahlung von 5 Proz. auf die deutsche Einfuhr nach England ist um zwei Monate verlängert worden. Das Abkommen war in Erwartung des Sachverständigenberichts nur bis zum 15. April geschlossen, gilt aber jetzt weiter bis zum 15. Juni.

Annehmen oder ablehnen?

Deutschnationale gegen Ablehnung!

Die Berliner bürgerliche Presse mit Ausnahme der Rechtspresse hat sich gegenüber den Vorschlägen der Sachverständigen auf das Stichwort „Diskussionsgrundlage“ geeinigt. Aus ihren Betrachtungen geht deutlich hervor, daß sie sachlich mehr oder weniger auf dem Standpunkt steht, der gestern abend und heute früh hier vertreten worden ist, daß sie es aber für undiplomatisch hält, die Bereitschaft zur Annahme jetzt schon in klaren Worten auszudrücken. Wir erlauben uns, in dieser taktischen Frage anderer Meinung zu sein, denn mit Diskussionen und Verhandlungen, während die französischen Pressionen weitergehen, ist Deutschland nicht gedient. Die Aussicht, daß bei solchen Verhandlungen Verbesserungen herauspringen, ist gering, denn daß die französische Regierung als Verhandlungspartner Deutschland mehr Zugeständnisse machen wird, als sie im Sachverständigenbericht enthalten sind, ist äußerst gering. Dagegen besteht die Gefahr, daß die französische Regierung, der die glatte Zustimmung zu dem Bericht äußerst unbequem wäre, sich gleichfalls auf die Formel der „Diskussionsgrundlage“ zurückzieht. Ihr könnte es nur passen, wenn die Vorschläge der Sachverständigen im Sumpf einer endlosen Diskussion ertränkt würden und alles beim Alten bliebe.

Darum sind wir der Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung den Vorschlägen der Sachverständigen, die ein unteilbares Ganzes bilden, ihre Zustimmung erteilen muß. Diese Zustimmung bedeutet nicht eine Erklärung, daß man alles, was die Sachverständigen sagen, für richtig finde, und sie schließt für den Vertrag, der geschlossen werden soll, die Zustimmung ist ein politischer Akt, durch den Deutschland wieder festen Boden unter den Füßen gewinnen und der gewalttätigen Fremdherrschaft im besetzten Gebiet ein Ende bereitet werden soll.

Die Logik der Tatsachen ist zwingend, sie hat beinahe ein Wunder vollbracht. Auch ein Teil der deutschnationalen Presse nüanciert seine Betrachtungen über die Vorschläge der Sachverständigen zwischen diplomatischer Vorsicht und kaum verhülltem Wohlwollen. Im „Tag“ des Herrn Hugenberg zieht Dr. Wähling einen Vergleich zwischen den Forderungen des Londoner Ultimatus und denen der Sachverständigen, der selbstverständlich zum Vorteil der Sachverständigen ausschlägt. Er kommt zu dem Schluß:

Aber schon die Tatsache, daß die Vorschläge der Sachverständigen eine Herabsetzung, und zwar eine sehr beträchtliche Herabsetzung der Forderung des Londoner Ultimatus zur notwendigen Folge haben, macht es unmöglich, daß wir diese Vorschläge als völlig unannehmbar ablehnen.

Nicht ganz soweit geht die „Kreuzzeitung“. Sie schreibt: Eine scharfe Ablehnung des Gutachtens von vornherein anzusprechen, ist angesichts der Lage vielleicht nicht unbedingt erforderlich und ein mehr abwartendes Verhalten mag insofern keine Berechtigung haben, als Deutschland nicht von vornherein sich dem Vorwurf der Intransigenz aussetzen will. Bei jeder Diskussion über die Vorschläge werden aber stets gewisse Vorbedingungen voranzuziehen sein; nämlich die Räumung des Ruhrgebietes im Falle der Annahme der Vorschläge der Sachverständigen, gleichzeitig Festsetzung einer der Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechenden Gesamtsumme der Reparationsverpflichtungen und Gewähr für die Finanzhäufheit.

Also selbst die „Kreuzzeitung“ begreift, daß sich Deutschland nicht durch eine „scharfe Ablehnung“, dem Vorwurf der Intransigenz, der Unerschlichkeit, aussetzen darf. Sie und der „Tag“ vertreten die Richtung in der Deutschnationalen Partei, die nach den Reichstagswahlen den Bürgerblock schaffen und die Partei regierungsfähig machen will. Abermals wiederholt sich — wie bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung nach Stresemanns Kanzlersturz —, die Erscheinung, daß sich die Deutschnationale Partei in dem gleichen Maße der „Erfüllungspolitik“ nähert, in dem sie an die Möglichkeit, Regierungspartei zu werden, näher herankommt.

Ein anderer Teil der deutschnationalen Presse gibt sich dagegen noch immer hemmungslos der nationalsozialistischen Wahlpropaganda hin. Die „Deutsche Zeitung“ bemüht sich eine Weile mit volkswirtschaftlichen Auseinandersetzungen, um zum Schluß in den Ruf auszubrechen:

Was geht uns aber die ganze Sache schließlich an, denn der Plan ist ja doch unannehmbar.

Und in der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des in der Deutschnationalen Partei übermächtigen Reichsverbandes, beklammert der Chefredakteur Paul Baedeker folgendermaßen:

Im ganzen aber kann und muß schon heute mit allem Nachdruck gesagt werden, daß die Vorschläge der Sachverständigen wirtschaftliche Zumutungen an Deutschland stellen, die zum größeren Teile heller Wahnsinn sind. Daß sie nicht einmal in einer Gesamtbegrenzung der Reparationen letztes Ziel und letzte Grenze zeigen, macht sie unter diesen Umständen noch unerträglicher. Wenn es deshalb in dem Schreiben des Generals Dawes heißt, die Zurückweisung dieser Vorschläge durch Deutschland würde im Endergebnis das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verstricken, so können wir nur sagen: Ein grauenvolleres Elend, als Deutschland durch die Zustimmung zu dem vorliegenden Vorschlägen auf sich laden würde, ist nicht denkbar. Ihnen gegenüber kann es nur heißen: Cleber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

Herr Paul Baedeker ist also Vaterlandsfreund und Held genug, unbewegt zusehen zu wollen, wie die unglückliche Be-

völkung des besetzten Gebietes „ein Ende mit Schrecken nimmt“, ohne sich dadurch in seiner Behaglichkeit stören zu lassen.

Gleichviel! In der Deutschnationalen Partei klappt ein Riß. In einer Frage, die für das deutsche Volk heute die schicksalsschwerste von allen ist, besteht keine Einigkeit, vielmehr stehen die Meinungen hüben und drüben einander diametral gegenüber. Annehmen oder ablehnen, „Erfüllungspolitik“ oder nicht, Vorbereitung zur Uebernahme der Verantwortung oder billige auf den Dummensfang gerichtete Heldenpose — das ist jetzt das große Problem.

Das „völkische“ Zentralorgan für Berlin hat, ebenso wie das kommunistische, sich über den Sachverständigenbericht noch nicht äußern können, die Leute haben ihre eigenen Sorgen. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß sich die „Völkischen“ die Gelegenheit, die ihnen die Meinungsverschiedenheit bei den Deutschnationalen bietet, nicht entgehen lassen werden. Ihr Wahnsinn hat wenigstens Methode, und so werden sie die Haltung des „Tag“ und der „Kreuzzeitung“ als neuen Beweis dafür buchen können, daß die Deutschnationale Partei völkisch unzuverlässig und stark verjudet ist.

Als erste innerpolitische Wirkung des Sachverständigenberichts ist also die Tatsache zu verzeichnen, daß die Deutschnationale Partei in eine kläglich-komische Situation geraten ist. Im Sechzigstage-Rennen der nationallistischen Demagogie beginnt ihr schon jetzt, drei Wochen vor der Entscheidung, der Atem auszugehen. Sie enthüllt sich vor den Wahlen als eine Partei, die in entscheidenden Augenblicken selber nicht weiß, was sie will.

Es ergibt sich noch ein weiteres: Minister, die etwa im Kabinett für Ablehnung stimmen sollten, würden sich der Gefahr aussetzen, selbst von Deutschnationalen für Esel erklärt zu werden. Sie könnten sich dann allenfalls noch mit der Gunst Buklers trösten, aber zum Regieren ist das vielleicht doch zu wenig.

Bruch in der Volkspartei.

Die Nationalliberale Vereinigung scheidet aus.

Die Nationalliberale Vereinigung hat sich endgültig von der Deutschen Volkspartei getrennt. Sie hat in einer aus allen Teilen des Reiches beschickten Vertreterversammlung im Reichstagsgebäude den Entschluß gefaßt, ihre Bindung an die Mutterpartei als gelöst zu betrachten und ihren Anhängern zu empfehlen, in den Wahlkreisen, in denen die von der Volkspartei oder ähnlicher Seite aufgestellten Kandidaten nicht den Anschauungen der Vereinigung entsprechen, die deutschnationale Liste zu wählen.

Als Ziel der Vereinigung wird in der entscheidenden Entscheidung der Kampf gegen den Marxismus angegeben. Die Verwertung im Reich und in den Ländern soll von diesen „Elementen“ geläubert werden, die große Koalition in Preußen soll gesprengt, ähnliche Regierungskonstellationen im Reich und in den Ländern verhindert werden. Die Verfassung soll „in Antikipation an Bismarcksche Ueberlieferungen auf deutsch-rechtlicher Grundlage“ neu aufgebaut werden. Ueber das außenpolitische Programm der Vereinigung schweigt sich die Entscheidung, von inhaltlosen Phrasen abgesehen, aus.

Im Interesse einer lauberen Klärung ist das endgültige Ausschneiden der Nationalliberalen Vereinigung aus der Volkspartei nur zu begrüßen. Diese Schwerindustriellenclique hat das politische Leben durch ihre Intrigen seit langem verseucht und mehr als einmal eine vernünftige und fruchtbringende Arbeit durchkreuzt. Indem sie ihren Wählern empfiehlt, deutschnationale Listen zu wählen, zeigt sie ihr wahres Gesicht. Es ist kennzeichnend, daß der Führer der Volkspartei, Dr. Stresemann, nicht die Kraft gefunden hat, seinerseits rechtzeitig einen klaren Trennungsschritt zwischen seiner Partei und den deutschnationalen Quertreibern in seiner Partei zu ziehen. Er hätte dadurch der Volkspartei und dem Reich manch kritische Stunde erspart.

Der Eichkater.

Von Alexander A. Hoppe.

Gestern machte ich meine erste Frühlingssahrt. Ueber den süßen Waldweg huschte etwas hin, ganz nahe vor mir. Ein Eichkater, im graubraunen Winterpelz. Am jenseitigen Wegrande, dicht bei einem Baume, machte er halt, auge, witterte, bereit baumau zu gehen, wenn irgendeine Gefahr drohte. Er hatte mein Herannahen wohl bemerkt, ich aber hielt mich ganz still. Er huschte weiter zum nächsten Baum, witterte wieder; ich blieb unbeweglich. Da sah er mich und verschwand im gemüthlichen Galopp zwischen den Bäumen.

Eine Strecke weiter lud ein sonniger Platz zur Begrast ein. Nach dem Frühstück legte ich mich lang ins Gras und blickte hinauf in den festam dunkelblauen Himmel zwischen den grünen Wipfeln. Wie lange ich so gelegen, weiß ich nicht. Fäglich wurde ich gewahrt, daß der Eichkater neben mir saß, dicht vor meinem Gesicht. Er sah ausrecht und machte mit den Vorderpfoten Besten wie ein Redner. Und richtig — er rebete wirklich. Es war ein keifes Pfeifen, aber ich verstand jedes Wort.

„Du Dir habe ich Vertrauen,“ sagte er. „Im allgemeinen mögen wir von den Menschen nicht viel wissen; sie stellen uns nach, und wenn wir uns auch mit starken Zähnen wehren, es gibt doch geschickte Burschen genug, die uns zu fangen wissen. Dann stecken sie uns in einen engen Käfig, und schwer ist es, die Freiheit wiederzuerlangen und die verlorene Heimat zu finden. Du bist nicht so, Du hastest Freude an mir und wolltest mich nicht erschrecken.“

Sinnend blickte ich den Eichkater an. „Wie kommt es aber, daß ich Deine Sprache verstehe?“

Er sah mich von der Seite an, wie mir schien, etwas ironisch. „Ihr Menschen seid doch sonst so klug! Weißt Du nicht, daß jedes Wesen seine eigene Sprache rebet, und eines rebet am anderen vorbei, bis die Liebe die Brücke des Verständnisses schlägt! Du hast Liebe zu aller Kreatur, mir hast Du sie erwiesen, meine Rede verstehst Du, wie die eines Bruders.“ Dabei reichte er mir die Hand.

Ich erhob mich halb, und auf einmal kam es mir vor, als sei der Eichkater selbstam groß geworden. Verwundert rieb ich mir die Augen: Das große Graß neben mir war meine Wandhusterjode, die ich auf meiner Wanderstab gehängt hatte. Aber wo war der Eichkater? Nun wahrscheinlich in seinem Loch, wo er nach dem Frühstück ein Schälchen hielt — wie ich. Aber wer will sagen, ob er nicht auch von mir träumte?

Im Traumland gibt es Begegnungen, die unser wahres Bewußtsein für unmöglich hält. Und doch, wo ist die Grenze zwischen Traum und Wachen? Wir fühlen uns, als Krene der Schöpfung, so sehr aller Kreatur überlegen. Im Banne ererbter Anschauungen, voreingenommener Meinungen spielen wir die Gottes-Ebenbild-Rolle mit großem Selbstbewußtsein; bis wir dann irgend einmal aufstehen wie aus einem schweren Traum und inne werden, daß wir eins sind mit allen Geschöpfen des Weltalls, aus demselben Stoff gebildet, von denselben Kräften bewegt, warum nicht auch von demselben Bewußtsein erfüllt? Und wir erschauern wachend, daß wir alle Brüder sind.

Es wird abzuwarten sein, ob die gereinigte Volkspartei jetzt den Mut ausbringen wird, der völkischen Gefahr mit der Entschiedenheit entgegenzutreten, die das Reichsinteresse verlangt. In Bayern ist man glücklich beim großen Kubdeimudel angelangt. Im Reich ist man auf dem besten Wege dazu, wenn man der unsinnigen Parole der Margisten-töter folgt.

Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie ihre Freunde auffordern, bei der bevorstehenden Reichstagswahl deutschnationale Wahllisten zu wählen. Damit bekennt die Nationalliberale Vereinigung vor aller Öffentlichkeit, daß sie ihrerseits den Trennungsschritt zwischen sich und der Deutschen Volkspartei gezogen hat. Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat daraufhin der Nationalliberalen Vereinigung folgenden Beschluß des Parteivorstandes zugehen lassen:

Nachdem der Parteivorstand und der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei politische Organisationen innerhalb der Partei nur für möglich erklärt haben, soweit die Sagenungen dies gestatten oder die zuständigen Parteileitungen sie ausdrücklich genehmigen, und nachdem die Vertreter der Nationalliberalen Vereinigung in deren Auftrag Verhandlungen zur Herstellung dieser Voraussetzungen abgelehnt haben, stellt der Parteivorstand auf Grund der ihm vom Zentralvorstand ausdrücklich erteilten Ermächtigung fest, daß die in der Nationalliberalen Vereinigung verbleibenden Mitglieder als der Deutschen Volkspartei auscheiden.“

Das Zentrum in Bayern.

Wie die „Germania“ meldet, haben Bsperechungen in München zu Beginn dieser Woche dazu geführt, daß die Christlichsoziale Partei in Bayern, die es bei den Wahlen am letzten Sonntag auf rund 23000 Stimmen gebracht hat, in der Zentrumspartei aufgeht und als eigene Partei zu existieren aufhört. Die bayerische Zentrumspartei soll künftig dem Titel tragen: „Zentrumspartei (Christlichsoziale Partei)“. Das Programm der bayerischen Zentrumspartei ist das des Reichszentrums.

Der „besonnene“ Dinter.

Raus aus der Freiheitspartei, rin in die Hitler-Garde.

Dinter hat, wie erinnerlich, vor einigen Tagen der Berliner Zeitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei den Fehdehandschuh hingeworfen, weil sie nach seiner Ansicht zu „unbesonnen“ ist. Seine eigene „Besonnenheit“ dokumentiert er mit folgender Erklärung:

Eine zweifelhafte persönliche Unterredung, die ich mit Adolf Hitler und Alfred Rosenbergl (ausgerechnet Rosenbergl) in Landsberg hatte, hat die völlige Uebereinstimmung meiner politischen Anschauungen und meiner Auffassung von den gemeinsamen realpolitischen Aufgaben unserer zukünftigen Reichstagsfraktion mit den Führenden unserer Bewegung Lindendorff, Hitler, Graefe (?) ergeben. Ohne aus der Deutschvölkischen Freiheitspartei auszutreten, habe ich daraufhin meinen Eintritt in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erklärt und mich als Nationalsozialist Adolf Hitler und seinem Bevollmächtigten A. Rosenbergl unterstellt.

Man ist wirklich im Zweifel, wenn man mehr gratulieren soll, Hitler zur Inangriffnahme Dinters oder Dinter zu seiner Koalition mit dem unbesonnenen Hitler!

Die Völkischen diktieren.

Weimar, 9. April. (U.) Der Führer der Deutschvölkischen Blocks in Thüringen und Vorsitzende der völkischen Fraktion im thüringischen Landtag, Dr. Arthur Dinter, erklärte, seine Fraktion werde der Regierung das Vertrauen entziehen und erforderlichenfalls dem Landtage die weitere parlamentarische Mitarbeit verweigern, falls der Jude Boeh nicht unverzüglich von seinem Posten als Staatsbankpräsident verschwindet, und ebenso die Regierung die Haftbarmachung der ehemaligen Regierungsmitglieder Hartmann, Greil und Bielig für den mangels Gegenzeichnung des damaligen Ministerpräsidenten Frölich

Neue Erinnerungen an Wilhelm Busch.

Wilhelm Busch, der Meister des Humors, tritt uns in seiner ganzen prächtigen Lebensfülle aus den neuen Erinnerungen entgegen, die sein Neffe und Biograph Otto Rädlele im neuesten Heft der „Berosschrift“ veröffentlicht. Der Onkel, der viele Jahre zu Wiedensahl im Familienkreise des Neffen lebte, ließ auch keine allernächsten Hausgenossen nichts von den Werken wissen, an denen er gerade arbeitete. „Wie der Onkel vorher nichts von seinen Werken sagte,“ erzählt Rädlele, „so ließ er auch nachher sich nicht gerne darauf anreden. Es steht mir noch vor Augen, wie er von den Feuilletons der homburger Buchhandlung, in denen sein neues Buch „Maler Kiedel“ auslag, den Blick abwandte und lieber die Kohlföpfe im gegenüberliegenden Grünramladen betrachtete. Was veröffentlicht war, war für ihn abgehan, wie die Schlang, die sich gehäutet hat, ihre alte Haut abtut — so verglich er es selber wohl.“

In seinen Sachen waren dem Meister die Bilder das erste und wichtigste. „Seine eigenen Grubelzeichnungen waren bei den großen Werken seiner Hauptkreativzeit Bilderfolgen; die sah er, der Maler und Zeichner, zunächst im Geiste; die warf er in flüchtigen Skizzen auf einzelnen Blättern hin, bis sie in einem ersten Entwurf festere Gestalt gewonnen, in einem zweiten Entwurf überarbeitet, mit Bemerkungen in Prosa, wohl auch schon mit den ersten Versen versehen und dann endgültig für den Druck fertiggestellt wurden.“ Gegen eine Einzelzeile der „Fremden Helene“ „mit 180 Illustrationen“ wandte sich Busch in einem Briefe an seinen Verleger Bassermann: „Das kommt mir vor, wie wenn man ins Wäldchen einträte: Ein Haus-Idyll ist zu verkaufen mit einem Hause daran. Es ist doch wahrhaftig ein Unterschied zwischen einem Buche von sieben Bogen, das in Bildern geschrieben, und einem ebenfalls starken, das in Worten geschrieben ist.“ Im Gespräch äußerte er sich wohl über diesen ihm überaus wichtigen Gesichtspunkt, er hätte die Werke zu den Bilder-gehisten dann hinzugefügt, weil die meisten Menschen sie ohne das nicht richtig lesen könnten, weil sich Bilder auch nicht zürieren lassen. Daß dabei die Werke dem Onkel aber nicht etwas Neben-liches und Bei-säufiges gewesen sind, daß er daran mit großem Fleiß gearbeitet und geübt hat, braucht kaum betont zu werden. Einem Bewunderer seiner zahlreich „gefäugelten Worte“, der die Ansicht aussprach, die wären ihm wohl so zugeflogen, erwiderte er: „Die sind mit großem Fleiß erdacht und sorgsam geübt. Hinter dem Worte: Das Gute, dieser Satz steht fest, ist stets das Böse, das man läßt —, steckt viel Ueberlegung und Arbeit“; und ähnlich heißt es in einem Briefe: „Diese Dinge müssen in ihrer Weise Schluß und Form haben, damit sie gefällig ins Gedächtnis und über die Lippen gehen, eine Eigenhaft, die Fleiß erfordert und auf die ich nicht wenig stolz bin.“

Waren die Werke einmal fertig, so waren sie für Busch erledigt; er kümmerte sich nicht mehr um sie und verlebte auch nichts an ihnen. „War doch ein kleines Kunstwerk aus der Werkstatt des Meisters im ein-sten Wiedensahler Pfarrwitwenhaus, wo er mit meiner Mutter wohnte, in die Welt hinausgezogen,“ erzählt Rädlele, „dann kam für ihn eine Zeit des Aufstommens, der Erholung; aber nicht der Untätigkeit. Erholung war für ihn in jenen Jahren

rechtsungültigen Anstellungsvortrag, soweit er die geldlichen Bezüge des Herrn Boeh regelt, prozessgerichtlich geltend macht. Damit ist die Regierung vor die Alternative gestellt, entweder das Verlangen der Deutschvölkischen zu erfüllen oder die Konsequenzen zu ziehen.

England und die deutschen Wahlen.

Der große Unbekannte ist wieder da!

Die „Deutsche Tageszeitung“, die mit ihrem englischen Freund so furchtbar heringefallen ist, veröffentlicht jetzt einen zweiten Brief des großen Unbekannten. Es stellt sich heraus, daß sein erster Brief gar nicht an die „Deutsche Tageszeitung“, sondern an einen deutschen Freund gerichtet war, der ihn an das reaktionäre Blatt weitergegeben hat. Der Briefschreiber erklärt, keine Zeile geschrieben zu haben, die zur Annahme führen könnte, daß er im Namen oder mit Zustimmung der Arbeiterpartei geschrieben habe. Das hat aber die Redaktion der „Tageszeitung“ in ihrer Vorbemerkung befragt, so daß der Vorwurf eines „ziemlich unehrlichen politischen Wanders“, den er erhebt, restlos auf die „Tageszeitung“ zurückfällt. An einer anderen Stelle führt er aus:

Daß sie (die englischen Arbeiterpartei) Sympathien für die sozialistische Bewegung in Deutschland haben, ist sicher; aber ebenso gewiß ist es (obgleich sie es nicht zeigen können), daß manche von ihnen mit beträchtlicher Beforgnis einen Triumph der internationalen Kräfte am 4. Mai betrachten würden.

Dem dürfen wir nochmals die offizielle Erklärung der englischen Arbeiterpartei entgegenhalten:

Die britische Arbeiterpartei steht bei den kommenden Reichstagswahlen ihre Hoffnung auf einen Sieg der sozialistischen, republikanischen und internationalen Kräfte. Derjenige, der sich in der „Deutschen Tageszeitung“ als eine der britischen Regierungspartei nahestehende Persönlichkeit bezeichnet, hat, wie immer er sei, kein Recht, im Namen der britischen Arbeiterpartei zu sprechen.

Wenn wir nochmals feststellen, daß sich der große Unbekannte nicht selber als englischen Regierungskreis nahestehend bezeichnet hat, sondern daß dieses unehrliche Manöver einzig und allein der „Deutschen Tageszeitung“ zur Last fällt, so dürfte die ganze Angelegenheit damit endgültig erledigt sein.

Die bayerischen Wahlen.

Wann tritt der Landtag zusammen?

München, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Landtagswahl im rechtsrheinischen Bayern steht nun annähernd fest. Nach den amtlich nachgeprüften Ziffern entfallen auf 18 Parteien, denen überhaupt Mandate zusammen, folgende Prozentsätze der abgegebenen Stimmen: Bayerische Volkspartei 34,5, Völkischer Block 18,6, Sozialdemokratie 16,5, Bauernbund 7,8, Kommunisten 7,7, Deutschnationale 7,5, Demokraten 2,8 und Nationalliberale 1,1. Der rein zahlenmäßige Mandatsverlust der Sozialdemokratie ist also nur von geringer Bedeutung.

Zu den Wahlen in der Pfalz am 4. Mai hat die bayerische Regierung dem ständigen Ausschuß des Landtages, der am Donnerstag zusammentritt, drei Vorschläge unterbreitet:

1. Den Landtag zusammenzutreten zu lassen ohne Berücksichtigung der Wahlen in der Pfalz und die Pfälzer Abgeordneten des letzten Landtags zunächst ihre Mandate ausüben zu lassen. Am 4. Mai müßten dann diese Abgeordneten, ebenso die 15 Landesabgeordneten, wieder zurücktreten, und zwar entsprechend einem Landtagsbeschluß, der seinerzeit allerdings gefaßt wurde in der Erwägung, daß es in diesem Jahre überhaupt nicht mehr möglich sein werde, die Wahlen in der Pfalz abzuhalten.

2. Den Landtag erst in der zweiten Hälfte des Mai zusammenzutreten zu lassen, wenn endgültig die Wahlen in der Pfalz vorüber und das Gesamtergebnis errechnet werden kann.

3. Die Wahlen in der Pfalz zwar zu berücksichtigen, aber nur insoweit, als dort die Kandidaten ohne Berücksichtigung der Reststimmen zum Zuge kommen, im übrigen die Ergebnisse der Wahlen von 1920 der Berechnung der Landesabgeordneten zugrunde zu legen.

Wie verlautet, will sich die Regierung auf den zweiten Vorschlag festlegen und infolgedessen als sogenanntes Geschäftsministerium bis Ende Mai im Amte bleiben.

des eifrigen Schaffens — die Malerei. Der Pinsel trat seine Herrschaft an; der Gänsekiel, mit dem der Onkel bis an sein Lebensende zu schreiben pflegte, mit dem er auch alle Federzeichnungen zeichnete, wurde beiseite gelegt. In unserer Stube hing früher schon eine ganze Reihe dieser Bilder und Skizzen, nicht ganz nach des Onkels Wunsch und Willen. Viele hat er uns auch außerhalb hinterlassen; sehr viele hat er früher gleich, wenn sie in seiner Stube in zu großer Zahl sich ansammelten, wieder verbrannt. Wie ist das zu verstehen? Ich sagte schon, daß der Onkel nur zu seiner Erholung, hier wirklich nur zum „Selbstpfeifen“ malte. So hatte diese Schaffen seinen Zweck für ihn erfüllt, wenn es ihn doch eine Zeit hindurch beschäftigt hatte.“

Auguste Hauschner, die bekannte Romanschriftstellerin, ist vorige Nacht in ihrer Berliner Wohnung gestorben. Sie war in Prag geboren und hat ein Alter von 72 Jahren erreicht. Ohne sich direkt zum Sozialismus zu bekennen, hat sie in ihren Werken stets die Sache der Armen und Unterdrückten verfochten. Ihre bekanntesten Romane sind der Arbeiterroman „Zwischen den Zeiten“, und — ihr Hauptwerk — „Die Familie Nowosch“. Ihre letzte noch ungedruckte Arbeit „Die goldene Stadt“ gibt eine konturreiche und farbeprchtige Schilderung ihrer Geburtsstadt und eine feine und tiefe Charakteristik der verschiedenen Prager Bevölkerungsschichten, namentlich des jüdischen Milieus.

Gorilla-Empfang. Aus New York kommt die Meldung, daß John Daniel II., der einzige in der Gefangenschaft lebende Gorilla, mit dem Luxusdampfer „Deutschland“ in New York eingetroffen ist. John Daniel II. ist der Nachfolger jenes berühmten Gorillas John Daniel I., der vor einigen Wochen in den Vereinigten Staaten starb. Er erlag dem Klima, dem bisher alle Gorillas in den Vereinigten Staaten zum Opfer gefallen sind, und selbst die Reise seiner Pfliegerin und Freundin Mitz Cunningham, die an sein Krankenlager eilte, konnte den tödlichen Ausgang der Lungenentzündung nicht aufhalten. Nun ist Mitz Cunningham mit einem neuen Vertreter dieses Geschlechts eingetroffen. Der Gorilla wird außerdem noch begleitet von der schönen Mrs. Hathleen Bains und einigen männlichen Pfliegern. Er reiste in einer luxuriösen Staatskabine, und eine ganze Flucht von Simmern ist in einem Broadway-Hotel für ihn gemietet, bevor er sich auf seine Tournee begibt. John Daniel erregte großes Aufsehen, als er bei der Ankunft sich zunächst auf eigene Faust dem Heer der wartenden Photographen vorstellte. Der dreijährige Sohn des Kongo, dessen Liebenswürdigkeit die Reporter rühmen, wurde dann noch einmal aufgenommen, während er seinen Arm zärtlich um die Taille von Mrs. Bains schlang.

Wie wir dieser Meldung hinzufügen können, steht die Verlobung John Daniels II. mit der Tochter eines bekannten New Yorker Milliardärs unmittelbar bevor. Dem Vertreter einer amerikanischen Zeitung gegenüber hat er sich auch über seine politischen Ansichten geäußert und dabei betont, daß er, wie alle besseren Gorillas, Antimorgist ist.

Die Galerie Ferdinand Möller, Goldamer Str. 134c, veranstaltet am 15. des 3-jährigen Todesjahres von Theo von Drohman eine Ausstellung seiner Werke aus Italien.

Morgen Freitag in allen Abteilungen Groß-Berlins Vorwärtsagitator

Jedes Parteimitglied sei zur Stelle!

Der Bericht der Kapitalflucht-Kommission.

Paris, 9. April. (U.) Der Bericht des Mac-Kenna-Ausschusses (s. 7) über den Zustand der deutschen Wirtschaft, durch die Deutschland seit dem Waffenstillstand seine Kapitalanlagen im Ausland erworben habe, die des Verkaufs von Mark-Sanbilanzen gewesen sei. Die auf diesem Wege erworbenen Kapitalien betragen 7 oder 8 Milliarden Goldmark, eine Summe, die infolge der schließlichen Marktentwertung einen Verlust für über eine Million Ausländer bedeute, die zu dieser oder jener Zeit Käufer von Markkrediten gewesen seien. Andere hervorragende

Quellen für die deutsche Kapitalabwanderung

ins Ausland seien der Verkauf von Gütern, Sicherheiten, Staatspapieren, Edelmetallen und Markbanknoten, Anlagen in den abgetrennten Gebieten wie Polen und Danzig, das von den alliierten Besatzungsarmeen ausgegebene fremde Geld usw. gewesen. Andererseits sei aber auch das im Ausland untergebrachte deutsche Kapital teilweise zum Kauf von Einfuhrgütern verwendet worden. Nach eingehender Prüfung aller dieser Faktoren habe der Ausschuss den Eindruck gewonnen, daß das ins Ausland abgewanderte deutsche Kapital einschließlich des in fremden Gesellschaften und Firmen investierten Kapitals gegen Ende des Jahres 1923 die mittlere Summe von 6½ Milliarden Goldmark betrage. Der Ausschuss habe ferner seine besondere Aufmerksamkeit dem Vorhandensein ausländischer Währungen in Deutschland gewidmet. Dieses fremde Geld, dessen Höhe der Ausschuss auf 1200 Millionen Goldmark beziffere, stelle die flüssigste Form desjenigen Kapitals dar, das Deutschland im Ausland anzulegen in der Lage sei. Andererseits dürfe bei der Berechnung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht der Wert ausländischer Bestände in Deutschland selbst außer acht gelassen werden. Der Ausschuss schätze diesen Wert auf eine bis anderthalb Milliarden Goldmark.

Im zweiten Teil seines Berichts stellt der Ausschuss fest, daß die sogenannte

deutsche Kapitalflucht ihre Ursache in dem Unvermögen der deutschen Regierung

habe, ihr Budget in Ordnung zu bringen. Weiter seien daran die Spekulationen und furchtbarsten Anlagebesitzer (s. 10), die ihre deutsche Mark gegen fremde Währungen veräußerten, während der deutsche Export alles im Ausland beliefe, was er von seinen Veräußerern erbringen könnte. Die Haltung des deutschen Volkes gegenüber seinen Kriegsgläubigern habe diese Tatsachen noch akzentuiert, besonders durch die Versuche, einer fest zu fassenden Gesetzgebung zu entgehen. Nach Auffassung des Ausschusses sei der einzige Weg, die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland zu verhindern und seine Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen, die Ursachen dieser Bewegung nach außen auszurufen. Die Inflation müsse ständig gestoppt werden. Wenn die deutsche Währung standhaft und stabil bleibe, werde der Deutsche, der Kapital ins Ausland besitze, sich sicherer fühlen und die Gewisheit erhalten, daß er keinen Verlust erleide, wenn er es wieder heimbringe, während der Spekulant nicht länger mit Gewinn aus dem Verkauf der Mark rechnen dürfe. Man habe an dem Beispiel Oesterreichs schon erlebt, wie im Falle einer Währungsstabilisierung der auswärtige Handel von selbst das ins Ausland befindliche Kapital zurückbringe. Der Ausschuss ist der Meinung, daß, wenn den Empfehlungen des ersten Sachverständigen-Ausschusses für die Stabilisierung der deutschen Währung stattgegeben wird, der größte Teil des ins Ausland untergebrachten deutschen Kapitals wieder ins Land zurückkehren werde. Der Ausschuss hält an und für sich eine

besondere Gesetzgebung gegen Kapitalausfuhr nicht für notwendig, wenn die Reichsfinanzen auf eine stabile Grundlage gestellt werden.

Über die Übergangsperiode in Deutschland müsse endlich beendet werden, bevor man von einer wirklichen Stabilisierung sprechen und zu Deutschland wieder Vertrauen fassen könne. Der Ausschuss hält es daher für richtig, wenn die Regierung eine Anmerkung für alle die Straftaten erläßt, die in diesen Bereich fallen, und daß sie besonders

Bergünstigungen für die Subskription auf eine Staatsanleihe in fremder Währung

anbietet. Wohl durchdachte Maßnahmen dieser Art seien geeignet, die Rückkehr des Kapitals aus dem Ausland und die Wiederehrdung der finanziellen Verhältnisse zu beschleunigen, die doch so wesentlich für Deutschlands Reparationszahlungen.

Sowjetrussische Blutjustiz.

Vier Todesurteile in Kiew.

Moskau, 9. April. (U.) Nach achtzehntägiger Verhandlung (s. 10) am Dienstag der Kiewer Prozeß gegen eine große Anzahl von Universitätsprofessoren und Schriftstellern, die wegen „antirevolutionärer Umtriebe“ angeklagt waren, mit folgendem Urteil: Tschelobow, Jakowlew, Odnowski, Winogradowa wurden zu 10 Jahren verurteilt, Dnißchenko, Nikolau und Konstantin Wesselen, Tschelpanoff, Smirnow, Tolpoga zu zehn Jahren Freiheitsstrafe, Anna Kopyzinskaja zu sieben, Leonid und Sinabda Kupowalow zu fünf Jahren bedingt. Maria Kopyzinskaja zu einem Jahre bedingt verurteilt, Jaslowski wurde freigesprochen. Den Verurteilten wurde gestattet, binnen 48 Stunden bei der ukrainischen Sowjetrepublik um Begnadigung nachzusuchen.

Das Kiewer Urteil reiht sich der langen Reihe der Schandtaten der sowjet-russischen Justiz würdig an. Wie zu befürchten war, sind eine Anzahl Angeklagter, drei Männer und eine Frau, dem Henker überliefert worden. Der Prozeß selbst war genau so eine Komödie, wie der bekannte Moskauer Prozeß im Sommer 1922. Wenn die Sowjetregierung nicht den letzten Rest ihres moralischen Kredits im Ausland verlieren will, muß sie schleunigst dafür sorgen, daß durch Begnadigung der zum Tode Verurteilten mindestens verhindert wird, daß ein neuer politischer Justizmord verübt wird.

Faschistische Schandtaten.

Mailand, 10. April. (U.) Die Ausschreitungen gegen die sozialistischen Arbeiter in Mailand haben sich wiederholt, so daß heute morgen keine dieser Zeitungen erhältlich war. Das Privatbureau des kommunistischen Abgeordneten Buffoni Chefredakteur der „Unita“, ist von Faschisten verhaftet worden. In den Vororten von Mailand wurden neuerdings zahlreiche Räume von Arbeitervereinen vernichtet. Der lombardische Presseverein erklärte in einer Tagung sein Bedauern über die Gewalttaten gegen die Zeitungen, die auch von der römischen Presse einmütig verurteilt wurden.

Die neuen 10 französischen Kriegsschiffbauten hat der Senat bewilligt.

Ein Stadion an der Schönhauser Allee.

Berlin ist immer noch an Spiel- und Sportplätzen arm. Für die Pflege der Volksgesundheit sind sie unentbehrlich, aber gerade in den dichtbevölkerten Stadtteilen von Berlin-Nord fehlt es an ihnen am meisten. In Verwaltungsbereich Prenzlauer Berg trägt man sich seit längerer Zeit mit dem Wunsch, auf dem ehemaligen Exerzierplatz an der Schönhauser Allee ein Stadion zu schaffen. Nach zweijährigen Bemühungen ist der Plan jetzt so weit gediehen, daß an seine Ausführung gedacht werden kann. Die dort schon seit einer Reihe von Jahren vorhandene Spielplatzanlage bedarf einer durchgreifenden Besserung, aber von der Stadt läßt sich bei ihrem Geldmangel einstweilen wenig Hilfe erwarten. Für das Stadion, das als werbende Anlage in Form einer Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Bezirksamtes Prenzlauer Berg geplant wird, sind Mittel von privater Seite zugesagt, zu denen noch ein Zuschuß aus der Stiftung „Spiel und Sport“ kommen dürfte.

Über die Einzelheiten des Projektes wurden nähere Angaben auf einem Vortragsabend gemacht, den das Bezirksamt für die interessierten Kreise des Spiel- und Sportwesens und der Jugendpflege veranstaltete. Architekt Seifert, Privatdozent an der deutschen Hochschule für Leibesübungen, zeigte in einem Lichtbildvortrag die Stadionanlagen deutscher Städte und der Hauptstädte des Auslandes. Dabei konnte man bemerken, wie sehr die Biermillionenstadt Berlin auf diesem Gebiet von mancher minder großen Stadt Deutschlands beschämt wird. Bezirksbürgermeister Genosse John erläuterte dann den Entwurf des Stadions an der Schönhauser Allee, der nach eingehenden Beratungen mit sachkundigen Personen aus dem Spiel- und Sportwesen aufgestellt worden ist. Die gesamte Sport-, Spiel- und Parkanlage wird etwa 17 Hektar Fläche einnehmen und hauptsächlich aus einem Fußballplatz von 105 Meter Länge und 70 Meter Breite, einer um ihn gelegten Laufbahn von 400 Meter Länge und 6 Meter Breite auf der geraden Straße 7,2 Meter Breite, einer um sie gelegten 600 Meter langen und 9 Meter breiten Radrennbahn für Eicher, Fäher, Motorräder und auch Kleinautos, ferner aus 6 Weitsprungbahnen, 2 Hochsprungplätzen, einem Platz für Turm- und Wurfübungen. Für Zuschauer können entweder 60000 Stehplätze oder 20000 Sitzplätze geschaffen werden, und eine Leberdachung wird sämtliche Plätze und auch noch die Radrennbahn vor Regen schützen. Aus der Roheinnahme werden dem Bezirksamt vorweg 7 Proz. überwiesen, außerdem muß ihm, da ihm ein Fünftel des Kapitals gutgeschrieben wird, ein Fünftel des verbleibenden Gewinnes zusteigen. Bei der Lage inmitten des dichtbevölkerten Nordens und der Nähe reichlicher Verkehrsmittel (Straßenbahn, Hochbahn, Eisenbahn) ist an einem Erfolg des Unternehmens kaum zu zweifeln.

Die Spielpflege wird durch die Stadionanlage nicht geschädigt. An Tagen, wo das Stadion nicht zu den großen Veranstaltungen benutzt wird (die Aktiengesellschaft will es nur für 18 Tage im Jahre haben), können die Schulen des Bezirks sich nach Herzenslust tummeln. Unberechtigt ist die Sorge, daß die Stadionanlage zu einer Verminderung der Spielplätze führt. Um die Anlage herum bleiben noch Spielplätze, und im übrigen sind in aller nächster Nachbarschaft auf einem anderen Teil des ehemaligen Exerzierplatzes und auch an anderen Stellen des Bezirks zum Ersatz neue Spielplätze vorgesehen. Bürgermeister John betont, daß mit der Ausführung des Stadionprojektes nicht begonnen werden soll, bevor der Erfolg benutzungsfertig ist. Kommt das Stadion nicht zustande, so können auch die neuen Spielplätze nicht beschafft werden, und selbst für die auf dem Gelände vorhandenen alten Spielplätze ist dann auf keine nennenswerte Besserung zu rechnen.

Der neueste Frauenmord vor der Aufklärung.

Ein Student als Täter verdächtig.

Die Ermittlungen zur Aufklärung des Kapitalverbrechens, dem die junge Händlerin Rosa Schatz zum Opfer gefallen ist, wurden von den Beamten der Nordkommission Tag und Nacht fortgesetzt und führten jetzt einen erheblichen Schritt weiter.

Wie festgestellt wurde, traf die Ermordete am Donnerstag voriger Woche alle Vorbereitungen, um am Freitag den Geburtstag zu feiern. Das sollte bei einer Freundin, einer Schneiderin in der Kolonnenstraße, geschehen. Diese Schenke der Händlerin schon am Vorabend zum Geburtstag ein neues Kleid. Die Beschenkte freute sich darüber sehr, lud nun andere Freundinnen und Freunde ein und kaufte eine Menge Lebensmittel und Spirituosen, die sie nach der Wohnung der Schneiderin brachte. Als sie im Café Diana erschien, wurde die Händlerin sehr vergnügt und schon etwas angeheitert. Ein Herr, den die Kriminalpolizei ermittelt, schenkte ihr hier einen Kellnerstrauß. Diesen nahm sie zu einem Schneeglöckchenstrauß, den sie bereits von der Schneiderin erhalten hatte, die ebenfalls nach dem Café Diana gekommen war. Mit beiden Straußen in der Hand verließ sie das Café zusammen mit dem Herrn, der sie begleiten wollte, sich in der Mitte der Bülowstraße jedoch von ihr trennte. Jetzt ging sie nach dem Bülowbogen zu, wo sie zu handeln pflegt. Hier fand sie einen angeblichen Studenten, einen jungen Mann von etwa 22 bis 23 Jahren, den sie kannte, weil sie schon früher mit ihm intim verkehrt hat. Mit ihm ging sie vom Bülowbogen weg in der Richtung nach der Alvenslebenstraße zu, wo sie bei einer Freundin wohnte. Dieser junge Mann, der eine schwarze Hornbrille trägt, trat später andere, die ihn von Ansehen kennen, und erzählte ihnen, er sei mit dem Mädchen nicht nach Hause gegangen. Seitdem ist er verschwunden und nicht mehr zu finden. Wahrscheinlich ist er der Täter. Der junge Mann ist in den Cafés der Gegend als Gast bekannt. Weitere Mitteilungen über ihn und sein Verbleib erteilt ungenügend die Nordkommission Trettin-Duoh. Wichtig ist ferner die Frage, wo der Schneeglöckchenstrauß geblieben ist. Der Kellnerstrauß wurde, wie wir mitteilen, bei der Leiche gefunden. Der Schneeglöckchenstrauß dagegen ist wahrscheinlich am Tatort zurückgeblieben.

Spaltung der deutschnationalen Reichshausfraktion.

Nach einer Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ steht eine Spaltung der deutsch-nationalen Teiles der Deutschnationalen Reichshausfraktion unmittelbar bevor. Zu den Vorkämpfern rechnen sich der Studienrat Dr. Donike, der Schlosser Karl Jordan, der Arbeiter Edward Lüdtke und Frau Anna Franke. Darüber hinaus sympathisiert aber ein großer Teil der Deutschnationalen Reichshausfraktion mit den Hitlerleuten. Es ist bekannt, daß die Gegenseite bei den Deutschnationalen überhört scharf sind. Männer wie der Oberdemagoge Pfarrer Koch und der frühere Zweigvereinsdirektor Dr. Steiniger können tatsächlich nur aus Versehen Mitglieder ein und derselben Partei geworden sein. Je nach der Befehung der Fraktionsführung schwankt infolgedessen auch die Haltung der Deutschnationalen zu den wackelnden Fragen. Sollte es in Berlin zu Neuwahlen kommen, dann erscheint eine Zerlegung der Deutschnationalen unvermeidlich.

Teure Auslandsreisen.

Die Durchführungsbestimmungen über Ausreisegebühren.

Bereits in Nummer 161 und 162 des „Vorwärts“ war mitgeteilt worden, daß das Reichskabinett sich entschlossen hätte, den Reiseverkehr deutscher Staatsangehöriger in das Ausland, soweit es nicht um der Gesamtheit des Volkes willen notwendig ist, nach Möglichkeit einzuschränken. Die Ausreisegebühr wurde auf 500 Mark festgesetzt. Von der Entrichtung dieser Gebühr sollten befreit sein: Kranke mit ortsärztlicher Bescheinigung, erholungsbedürftige Kinder unter 14 Jahren, Auswanderer, selbständige Gewerbetreibende und ihre Angestellten, Beamte, Geistliche und Vertreter inländischer Zeitungen, sämtlich mit dem Vorbehalt, daß sie die Notwendigkeit der Auslandsreise aus amtlichen, beruflichen oder gesundheitlichen Gründen nachweisen können. Nunmehr veröffentlicht das Reichsfinanzministerium die Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über Ausreisegebühren, die die oben erwähnten Ausnahmen noch erweitern. Der Verkauf bezügliche § 1 der Durchführungsbestimmungen hat folgenden Wortlaut:

Von der Ausreisegebühr werden weiter befreit:

1. Angehörige des Deutschen Reichs, die im Ausland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt, im Inland dagegen keinen Wohnsitz haben.
2. Personen, die nachweislich zum Besuch von Familienangehörigen nach dem Ausland reisen, sofern es sich um Ehegatten, Verwandte oder Verschwägernde in graduer Linie handelt und die zu besuchenden Personen im Ausland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt, im Inland dagegen keinen Wohnsitz haben.
3. Personen, die nachweislich aus besonderen Familienanlässen (Geburt, Eheschließung, schwere Erkrankung, Todesfall), zu nahen Angehörigen in das Ausland reisen; als nahe Angehörige gelten: Ehegatten, Verwandte und Verschwägernde in graduer Linie sowie Personen, die in der Seitenlinie im zweiten Grade verwandt sind.
4. Personen, die nachweislich zum Besuch von nahen Angehörigen (Nr. 3) oder zur Regelung von Familien- oder Vermögensangelegenheiten in das abgetrennte Gebiet reisen.
5. Rechtsanwältinnen, die in der Ausübung ihres Berufs in das Ausland reisen, sofern der Vorstand der Anwaltskammer die Notwendigkeit der Reise bescheinigt; einer solchen Bescheinigung bedarf es nicht, wenn es sich nachweislich um Verhandlungen vor einem internationalen Gericht handelt.
6. Ärzte, die nachweislich zu Konsultations- oder Operationszwecken oder zur Teilnahme an Kongressen in das Ausland reisen.
7. Angehörige anderer freier Berufe (Künstler, Gelehrte usw.), die nachweislich zur Ausübung ihres Berufes in das Ausland reisen.
8. Studierende, die im Rahmen ihres Studienplanes auf eine ausländische Hochschule gehen.

Weiterhin besagen die Bestimmungen, daß die Finanzämter in einzelnen Fällen, in denen die Erhebung von Ausreisegebühren eine besondere Härte bedeuten würde, oder in denen überwiegende Interessen des Gemeinwohls der Erhebung der Gebühr entgegenstehen, Gebührenfreiheit bewilligen können, jedoch nur für Auslandsreisen von kurzer Dauer. Der gebührenfreie Unbedenklichkeitsvermerk (Unbedenklichkeitsbescheinigung) wird nur für die zur Erreichung des Zwecks der Reise unbedingt notwendige Aufenthaltsdauer im Ausland und nur für ein bestimmtes Land oder für mehrere bestimmte Länder erteilt. Der Aufenthalt im Ausland wird vom Beginn des Tages ab gerechnet, an dem bei der Ausreise die Grenze überschritten worden ist. Diese Verordnung ist mit dem heutigen Tage (10. April) in Kraft getreten. Das Reichsfinanzministerium macht darauf aufmerksam, daß für die Bewilligung von Gebührenfreiheit in einzelnen Fällen nicht das Finanzministerium zuständig ist, sondern ausschließlich die Finanzämter, da derartige Fälle zumeist eine schnelle Entscheidung erfordert, die nur in der örtlichen Instanz gewährleistet ist. Die Erreichung von derartigen Besuchen an das Reichsfinanzministerium ist daher zwecklos.

Unsere Wählerversammlungen.

Genosse Lüdemann sprach gestern Abend in Charlottenburg über den neuen Reichstag. Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Durch die Steuerabgabe der besitzenden Klassen wurde die Finanzreform verhindert und die Inflation verschärft. Eine immer frecher sich gebärende Reaktion droht den Bürgerkrieg im Innern und schwere außenpolitische Gefahren zu entfesseln. Die Justiz hat heute nicht mehr das Vertrauen des Volkes. Der 4. Mai muß einen Reichstag bringen, der endlich den berechtigten Anforderungen des arbeitenden Volkes entspricht. Ein Diskussionsredner lieferte eine treffende Illustration unserer heutigen Rechtsprechung. Nicht weniger als 6 Monate Gefängnis erhielt ein Arbeitervertreter der Siemenswerke wegen „Streikvergehens“. Sein „Verbrechen“ bestand darin, daß er sich eines ihn brutal angreifenden Vorgesetzten zu wehren gesucht habe! — In der Schulaula in der Kaiserstraße referierte Genosse Landtagsabgeordneter Bartels. Er behandelte eingehend das Wirken der Sozialdemokratie seit den letzten Reichstagswahlen. Die Wähler hätten die Entscheidung, durch den Stimmzettel zu neuer Gewaltanwendung im Reich selbst und auch außerhalb der Grenzgebiete beitragen zu helfen, oder durch Unterstützung der Sozialdemokratie für eine ruhige Entwicklung zu sorgen. Die Wahl kann nicht schwer sein: Wer Frieden, Brot und Freiheit will, muß am 4. Mai sozialdemokratisch wählen. — Vor den Dahlemer Parteigenossen sprach Genosse Robert Breuer. Der Redner verbreitete sich über die Döschtrüffende, schilderte nämlich die Ursachen des Zusammenbruchs und rechnete mit den Schuldigen der Politik des alten Obrigkeitsstaates ab. Der Sozialdemokratie macht man den Vorwurf, daß sie kein Verständnis für nationale Befinnung und Besserung habe. Was ist der Nationalismus weiter als ein Döschtrüffend höchst klassenegoistischer Interessen. Deutsch kann nur der sein, der Deutschlands Wohl mit ganzem Herzen, aber auch mit voller Vernunft erreichen will. In der Diskussion ermahnt der dortige Vorsitzende der deutschnationalen Partei der Sozialdemokratie, den Klassenkampf zu begraben und wahrhaft nationale Würde anzulegen. Andere Genossen gaben ihm die gebührende Antwort. — In Lichterfelde sprach vor aufbelebtem Saal Gen. Künstler. Zurückblickend auf die verfloßene Reichstagsperiode berichtete er über die positive Arbeit der Sozialdemokratie und hielt eine gründliche Abrechnung mit den Parteien der Reaktion als die einzig Schuldigen an der Verelendung der Kopf- und Handarbeiterschaft. Er wies die Steuerhau der Besitzenden, das ganze vaterlandlose Verhalten von Industrie, Handel und Landwirtschaft, denen in der Inflationsperiode das Volkswohl nichts, der Spekulationsgewinn aber alles war, und die auch heute den Arbeiter, Angestellten und Beamten in immer unerträglicheren Lebensbedingungen hinabzudrücken bemüht seien. In der Diskussion ermahnt die Kommunisten verabschieden unsern Gen. Künstler zu widerlegen, während ein sich selbst als parteilos bezeichnender Anhänger der alten miselminischen Herrlichkeit für den heiteren Teil des Abends sorgte.

Jugendveranstaltungen.

Verbreitet! Kaufte. Morgen, Freitag, 11. April, abends 7½ Uhr im by Rathenowstraße, 34/35. Freitagabend: 7½ fahre in die Welt. Sonntag 7 Uhr. Info: 40 Pf.

Gewerkschaftsbewegung

Der neue Opernchor. Die „streiklustigen“ Chorjänger.

Die Generalverwaltung der Staatstheater übermittelte der Berliner Presse die Mitteilung, daß die Staatsoper einen 64 Köpfe starken Opernchor eingestellt habe und daß dadurch der Zustand des Chor- und Ballettpersonals zumgunsten des Personals verlaufen sei. Bei dieser Konzession kann lediglich der Wunsch der Vater des Gebanpens gewesen sein. Nicht nur, daß es in Deutschland kein fesselndes Chorpersonal gibt, sondern es ist auch ein geradezu ungeheurer Mangel an Chormitgliedern, so daß an einer Anzahl von ersten deutschen Bühnen schon seit langem bestehende Chöre bis heute unbefüllt bleiben mußten. Der neue Singchor der Staatsoper besteht aus in Kostüme gekleideten Statisten, einigen Schauspielern und einigen völlig unfertigen Schülern einer hiesigen Chorschule. Es ist unverständlich, wie sich die Generalverwaltung gestalten kann, dem geradezu ausgezeichneten Kreis der Berliner Regensänger und Musiktrichter eine solche Garde als künstlerischen Singchor zu präsentieren. Anfangs des Streiks verbreitete die Generalverwaltung die Mär, daß bereits 70 Prozent der Streikenden den Dienst wieder aufgenommen haben. Heute muß sie in ihrer Mitteilung über den neuen Opernchor zugeben, daß insgesamt nur zehn Chor- bzw. Ballettmitglieder die Front ihrer kämpfenden Kollegen (insgesamt über 160 Mitglieder) verlassen haben. Die Verantwortlichkeit der Generalverwaltung herausgegebenen Informationen erscheint hier in merkwürdigem Lichte.

Die Behauptung der Generalverwaltung, daß es sich bei dem Chorverband um eine besonders streiklustige Körperschaft handelt, ist ziemlich stark. Der Chorjängerverband verlangt von der Generalverwaltung der Staatstheater nicht, daß diese seine Forderungen genau kennt; er dürfte aber wohl erwarten, daß der Kronjurist der Generalverwaltung, der Theaterbezerrant im preussischen Kultusministerium, Herr Rechtsanwält Dr. Ludwig Seelig, der über 15 Jahre Syndikus des Chorjängerverbandes war, weiß, daß der Verband, der am 1. Oktober sein 40jähriges Jubiläum feiert, jetzt zum drittenmal während dieser 40 Jahre in einen Streik eingetreten ist. Die Verantwortlichkeit dieser Behauptung dürfte somit offensichtlich sein.

Dieser ehemalige Verbandssyndikus Herr Dr. Ludwig Seelig war es auch, der die für letzten Sonntag auf Veranstaltung des „Herrn“ Ministerdirektors Sch. in das Einvernehmen mit Herrn Ministerialdirektor Reutwig in Aussicht genommenen Verhandlungen hintertrieben hat.

Die Berliner Eisenbahner zum Verhandlungsergebnis.

Die Funktionäre des DEB nahmen gestern Stellung zu dem Ergebnis der letzten Verhandlungen im Verkehrsministerium. Bezirksleiter Dreffel nannte die Bewilligung der Lohnforderungen der Verbände einen vollen Erfolg, der nur so höher anzuschlagen sei, als die Regierung ihnen ablehnenden Standpunkt vom Sonnabend, gezwungen durch den Druck der Organisationen, aufgeben mußte.

In bezug auf die Arbeitszeit ist die Regierung allerdings aus Rücksicht auf die Industrie horizontal geblieben, obgleich der zugesagte Saisonzuschlag von 5 Pf. für Bahnunterhaltungsarbeiter und die Festlegung des neunstündigen Arbeitstages als Ausgangspunkt für die Verhandlungen über die Dienstauvwandlungen als Fortschritt zu bezeichnen ist. Mit der Anerkennung der Forderung, daß keine Maßnahmen stattfinden dürfen, hat die Regierung ein wertvolles Zugeständnis machen müssen. Zu beachten ist dabei besonders, daß manche Direktionsmitglieder den Streikenden zu wiederholten Malen die Entlassungen zugesagt haben.

Dreffel weist, daß bei der Beurteilung des Verhandlungsergebnisses nicht außer Betracht gelassen werden darf, daß es für die Streikenden nicht Bezirke die Erfüllung der jeweils örtlich als notwendig erkannten Forderungen bringe. Soweit solche Forderungen für den Berliner Bezirk in Frage kommen, könnte es sich vielleicht um die Durchdringung der neunstündigen Arbeitszeit für die Betriebswerkstätten handeln und um die generelle Ablehnung der zehnten Stunde für die Bahnunterhaltungsarbeiter. Ob bei einem takt. Kampfe um diese Forderungen die unbedingt notwendige öffentliche Meinung auf unserer Seite stehen würde, ist deshalb sehr fraglich, weil das Bestreben des Ministeriums bei den letzten Verhandlungen offenbar dahin ging, das Streikobjekt recht gering zu machen, um die Eisenbahner bei einer Ausdehnung des Kampfes von vornherein ins Unrecht zu setzen. Redner setzte das Vertrauen in die Funktionäre, daß sie bei ihrer Stellungnahme zum Ergebnis all diese Gründe voll in Rechnung stellen würden.

In der Diskussion kam ein starker Unwille über die Ranghaftigkeit des Verhandlungsergebnisses zum Ausdruck. Die Versammlung nahm schließlich folgende Entschließung an:

„Die im Bei ein des Bezirksvorstandes und der Dr. Generalverwaltung Berlin tagende Funktionskonferenz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhandlungsergebnis zwischen Reichsverkehrsministerium

und den Gewerkschaften und erklärt die Erhöhung der Löhne ist völlig unzureichend. Die ohne Überstundenzuschlag zu leistende neunte Stunde bedeutet in der Praxis die Verfestigung des Achtstundentages. Die zehnstündige Arbeitszeit in der Bahnerhaltung wird unter allen Umständen abgelehnt. Die Konferenz verkennt nicht die schwere Stellung der Bahner, jedoch entspricht das Ergebnis nicht im entferntesten den Erwartungen der Mitglieder. Die Funktionskonferenz ruf dem Vorstand zu: Der Achtstundentag wird nicht durch Verhandlungen, sondern durch Kampf erobert. Die Berliner Eisenbahner waren und sind bereit, Schulter an Schulter mit ihren Kollegen im Reich für den Achtstundentag und eine menschenwürdige Existenz zu kämpfen und Opfer zu bringen. Die Konferenz fordert die Mitglieder auf, für die Stärkung der Organisation unermüdet zu wirken, damit die kommenden Kämpfe geschlossene Reihen und volle Kräfte finden.“

Kommunistische Verärgerung.

Trotz der kommunistischen „Freien Eisenbahner“-Sonderorganisation, trotz aller kommunistischen Anstrengungen, trotz der unglücklichen wirtschaftlichen Lage der Eisenbahner und trotz der Einzelstreiks, in denen ihre Erregung zum Ausdruck kam, ist es nicht zu einem Generalstreik der Eisenbahner unter Führung der kommunistischen Opposition gekommen. Die Enttäuschung über die Lohnzulage von „lämpigen 6 Pfennig“, über den unzulänglichen Erfolg der Bewegung mag bei den Eisenbahnern noch so groß sein — bei der kommunistischen Partei ist sie viel, viel größer. Das ist bei den Anprüchen aus Moskau und bei der rücksichtslosen Kritik der Moskauer Zentrale an den Resultaten der Anstrengungen ihrer deutschen Filiale in Berlin wohl begründet. Die Berliner Funktionäre haben offenbar nicht den Mut, den Moskauer Oberbousen zu sagen, daß sie die Verhältnisse in Deutschland zu wenig kennen und deshalb ihre Ansprüche etwas tiefer schrauben müssen. Statt dessen suchen sie noch Sündenböden, denen sie die Schuld an dem Mißlingen ihrer Pläne zuschreiben. Nun, wir freuen uns, der kommunistischen Partei das „ihre“ Spiel, das sie mit den Gewerkschaften treibt, zu verdeutlichen. Es ist dennoch recht wichtig, daß sie ihren Kerger über den Verlauf ihrer Nebenaktionen so wenig zu meistern weiß, um ihn jeweils in der „Roten Fahne“ auszutoben und so die Schwäche ihrer Position bloßzulegen.

In zweifelhafter Ballenüberschrift bringt dieses Blatt heute „Erdärmliche Vorwärts“-Zügen über den Eisenbahnerstreik. Mit dem Organ einer Partei, die die Lüge als eines ihrer wichtigsten Kampfmittel benutzt und nie „lügt“, sondern nur „lämpft“, kann man sich nicht darüber unterhalten, was Lüge und was Wahrheit ist. Die „Rote Fahne“ zitiert über den angeblichen „Verrat der reformistischen Bureaukratie der drei Eisenbahnerverbände, DEB, VEB, und OBE“, der so schamlos sei, daß der „Vorwärts“ ihn nicht zu verteidigen vermag und dafür zu erdärmlichen Lügen über die Eisenbahner-Opposition und den „Freien Eisenbahnerverband“ seine Zuflucht nehme. Nun, der „Vorwärts“ hat bisher jeden „Verrat der reformistischen Bureaukratie“ an den Moskauer Putsch, und Generalstreikplänen verteidigt und er billigt auch diesen „Verrat“ weil er die Eisenbahner nicht verraten will. Die „reformistische Bureaukratie“ veröffentlicht regelmäßig die Mitgliedergehälter ihrer Gewerkschaften. Die kommunistische Moskauipartei hat scharf ihre Gründe, die Mitgliedergehälter ihrer „oppositionellen“ Sonderorganisationen für sich zu behalten. Dann darf sie uns aber keinen Vorwurf daraus machen, wenn wir nicht genau wissen, an welchen Orten die kommunistische Partei gewerkschaftliche Sonderorganisationen der Eisenbahner und anderer Berufs- und Industriegruppen unterhält und wie stark diese an Mitgliederzahlen sind. Das es den Drahtziehern der „oppositionellen“ Eisenbahner darauf ankam, aus der jüngsten Bewegung der Eisenbahner eine kommunistische Haupt- und Staatsaktion zu machen, haben wir nicht bestritten. Wenn es aber der „Opposition“ diesmal trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, die geschlossene Kampffront zustandezubringen, so mag dies für die Kommunisten gewiß unangenehm sein. Sie müßten sich bei einiger Ueberlegung sagen, daß es kindlich oder verdraderisch ist, eine geschlossene Front erst auseinander zu reißen, oppositionelle Sonderorganisationen zu bilden, um gelegentlich „alle Anstrengungen zu machen“, die zerrissene Front wieder zusammenzuflicken, doch nur, um sie erst recht zu zerschlagen. Wer den Arbeitern Sand in die Augen streut, sind die Kommunisten.

Lohnbewegung der Wachangestellten.

In einer Versammlung der Wachangestellten des Konzerns der Berliner Wachgesellschaften und der Wachgesellschaft für Berlin und Reichsarmee am Dienstag berichtigte Bielow über den gefällten Schiedspruch und die Verhandlungen mit der Direktion. Der Redner erklärte, daß der Schiedspruch unannehmbar sei. Trotzdem keine Lohnhöhung in dem Spruch erfolgte, hat auch die Direktion keine Spruch abgelehnt, weil er nicht die von ihr verlangte Arbeitszeitverlängerung brachte. Nachdem der Referent unter stürmischem Beifall die Ablehnung empfahl, erfolgte eine erregte Diskussion. Einstimmig wurde dann die

Ablehnung des Schiedspruches beschlossen und verlangt, sofort den Streik zu beginnen. Die Organisationsleitung empfahl jedoch, den Beginn des Kampfes noch um einige Tage zu verschieben, was einen stürmischen Protest zur Folge hatte. Schließlich wurde jedoch dem Verlangen der Organisationsleitung Rechnung getragen und den Vertretern aufgegeben, nochmals mit den Direktionen in Verhandlung zu treten. Gleichzeitig wurde aber der feste Wille zum Ausdruck gebracht, keine Verschleppung zu dulden.

Wenn in den nächsten Tagen der Kampf entbrennen sollte, sind für die Folgen nicht die Wachangestellten verantwortlich, sondern das ablehnende Verhalten der Direktionen.

„Unsoziales von den Stadtgütern G. m. b. H.“

Zu dem Artikel in Nr. 156 des „Vorwärts“ vom 1. April teilt die Berliner Stadtgüter G. m. b. H. mit:

„Die zum Beweise hierfür angegebenen Fälle sind sämtlich unzutreffend wiedergegeben.“

Der Vorsitzende des Betriebsrats der Gutsverwaltung Großbeeren wurde nicht „belehrt“, er mußte vielmehr fristlos entlassen werden, weil er einen Vorgesetzten im Dienste niedergeschlagen hatte. Die Entlassung wurde durch den Schlichtungsausschuß Großbeeren bestätigt.

Dem jetzigen Vorsitzenden wurde gekündigt, weil sein Posten als Zimmermann auf dem Vorwerk Reuberden entbehrlich wurde.

Dem Vorsitzenden des Betriebsrats der Gutsverwaltung Sputenhof wurde im Jahre 1923 ebenso wie allen Arbeitern der verpachteten Güter wegen der erforderlichen Umstellung der Betriebe gekündigt. Gemäß den Pachtverträgen waren jedoch sämtliche Arbeiter von den Pächtern zu übernehmen; bereits ruhegeldberechtigte Arbeiter behielten ihre Ansprüche aus den Ruhegeldbeschlüssen der Stadt Berlin.

Das Kammergericht bestätigte die Rechtmäßigkeit der Kündigung des Vorsitzenden. Nicht die Berliner Stadtgüter G. m. b. H., sondern der Betriebsvorsitzende hat die Sache bis zum Reichsgericht verfolgt.

Da der Vorsitzende sich außerdem weigerte, sein früheres Dienstverhältnis zurückzugeben, so mußte gegen ihn deswegen geklagt werden. Die Unrichtigkeit der gesamten Darstellung geht schon daraus hervor, daß die Berliner Stadtgüter G. m. b. H. selbst das größte Interesse daran hat, das gute Einvernehmen mit den Arbeitern und mit den von ihnen gewählten Betriebsräten zu wahren.“

Skandinavische Zusammenarbeit.

Solidarität im norwegischen Arbeitsloft.

Ende vergangener Woche waren in Kopenhagen die Vorstände der Gewerkschaftszentralen Norwegens, Schwedens und Dänemarks versammelt, um zu dem nun bald zwei Monate dauernden 60 000 Mann umfassenden Arbeitsloft in Norwegen Stellung zu nehmen. In einer Entschließung wurde den norwegischen Gewerkschaften alle moralische und materielle Unterstützung zugesagt, von ihnen aber auch ausdrücklich verlangt, daß geschlossene Arbeitsverträge und Tarife eingehalten werden müßten und keine wilden Streiks vom Jaune gedrohen werden dürfen. In einer Aeußerung über die Lage in Norwegen gibt der Führer der norwegischen Gewerkschaften, Ole D. Blom an, daß die Arbeitgeber die Streiks provozieren und die Aussperrung verhängen, um die noch laufenden Tarife seit 1921, die den Arbeitern günstig waren, zu brechen. Die wilden Streiks der Unorganisierten waren den Unternehmern nur ein willkommenes Anlaß zur Verhängung der Generalaussperrung. Ihr „Garantieverlangen“ geht dahin, daß die Gewerkschaften für jedes Mitglied 100 Kronen zur Verfügung der Arbeitgeber deponieren sollten, die im Falle einer Aussperrung oder wilden Arbeitsniederlegung des Mitglieds dem Arbeitgeberverband zufließen sollten! Ueber die Ursachen des Konflikts gibt Ole D. Blom nur an, daß „die Situation sehr schwierig“ sei. — Kann es für die deutschen Arbeiter, auf die ja auch die Zersplitterungsstreber und Streikhetzer Moskaus losgelassen werden, ein warnenderes Beispiel geben? — Seit dem schwedischen Großstreik im Jahre 1909 ist der gegenwärtige norwegische Konflikt der größte in ganz Skandinavien! Es ist bezeichnend, daß die nach Moskau abgeschwenkten Gewerkschaften Norwegens in der Rot keine anderen Freunde fanden als die „verräterischen, gelben“ Amerikaner.

Die Kammergarnspinner in Kaiserslautern hat ihren Betrieb geschlossen, da die Arbeiterschaft seit Freitag wegen Lohnhöheren passiven Resistenz übte.

Wachung 2500. Buchdrucker und Schriftsetzer. Freitag, den 11. April 1924, abends 6 Uhr, bei Herrn Legationsrat Dr. 44. findet eine Anzahl wichtige Fraktionsversammlung statt. Vertreter sämtlicher Betriebe sowie die Bezirks- und Fraktionsvorstände sind verpflichtet zu erscheinen. Wichtige Mitteilung und Materialausgabe zur Reichstagswahl. Vertreter der anderen großstädtischen Fraktionen werden ebenfalls dringend eingeladen. Der Fraktionsvorstand 3 A. Hermann.

Verantwortlich für Inhalt: Groß Redakteur: Wirtschaft: Urban Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Ehrler; Fraktion: Dr. John Schlemm; Dolmetscher und Schriftsetzer: Fritz Karbott; Anzeigen: H. Stede; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Linienstraße 2.

Alles Bisherige in den Schatten stellend
biete an zum **Engros-Preise**
meine Großmarke

„Benefiz“

Eine feine, milde und würzige Qualitätszigarre

Mein Angebot ist eine beispiellose **Probleistung ersten Ranges!!**

Zigarren- u. Zigaretten-Großhandlung

Max Torge

Berlin W., Potsdamer Straße 97
(an der Bülowstraße)

Berlin W., Potsdamer Straße 116
(an der Lüchowstraße)

Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 66
„Benefiz“ (am Kaiser-Wilhelm-Platz)

Sonderangebot! **Hosen für Ostern**
billig und gut

Gestreifte Hosen M. 8.90 6.90
schöne Muster

Begl. Leder-Hosen - 8.80 6.80
Feldgrau Hosen - 8.90 6.75

Großes Lager in Jungfern- und Knaben-
hosen - Bauchhosen in allen Weiten -
Berufskleidung - draechts-Hosen

München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Wrangeistraße 27
zwischen Zeughof- u. Eisenbahnstraße.

Ständiges Lager
von über
150 Stunduhren
in allen
Holz- und Silberten
Schrift. Garantie
Büro- u. Ladenuhren
Wand- u. Küchenuhr.
Stopp- u. Autorehren
Glath. Lange-Uhren
14 Karat Gold-Arm-
band-Uhren sowie
Herrn-Uhren

Gold. Trauringe

Juwelen, Silber-
kästen nach Gewicht
Alpaka-Bestecke

Karl Wulke
Uhrmachermeister
Juvallidenstr. 16
Ecke Gartenstraße
(Stett. Bhf.)
Gebr. 1900

v. 120 Goldmark an

Nicht irren, auf Firma achten!

Aufsehen erregend!

Wie immer fabelhaft billig!

Anzüge Mäntel Hosen

Melton, Homespun, in guten Qualitäten, prima Zutaten

Homespun, große Auswahl, nur beste Qualitäten, gute Verarbeitung

Buckskin, gediegene Stoffe, größte Auswahl

21⁵⁰ 17⁵⁰ 3⁹⁰

29.⁵⁰ 38.- 65.- 78.- 95.- 27.⁵⁰ 38.- 65.- 78.- 95.- 6.⁵⁰ 8.- 11.- 17.-

Kauferschutz durch Anzahlung. — Angezahlte Waren werden **kostenlos bis Pfingsten aufbewahrt.**

Berufs-Kleidung enorm billig! : Knaben-Anzüge fabelhaft billig!!!

HUGO SIMON

SPEZIALHAUS FÜR ERSTKL. HERREN-KLEIDUNG

133 CHARLOTTENBURG 133

133 Wilmersdorfer Straße an der Bismarckstraße

Nicht irren, auf Firma achten!

Besonders wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und **billig!** **Recht** Tabakwaren-Produktion Zigarren, Zigaretten, Tabak billig **Lindenstr. 81**

Tilsiter Halbfettkäse
in guter Qualität (ist 70 Pf. pro 100 g), ab 11.00 Pf. netto, und Postfracht gibt es

Molkerei Rossitten
Aelis St. Agnes, 1924
Produktion gegen Nachnahme.